

Zwischenbericht der Arbeitsgruppe von WASG und Linkspartei.PDS zur Vorbereitung einer gemeinsamen Anti-Privatisierungs-Kampagne (APK).

Vorbemerkung:

Die Arbeitsgruppe wurde vom Bundesvorstand der WASG und dem Parteivorstand der Linkspartei.PDS im Juli 2006 ins Leben gerufen. Als Mitglieder wurden benannt von der WASG: Christel Rajda, Felicitas Weck, Jürgen Klute, Helge Meves, Frank Puskarev;

von der Linkspartei.PDS: Claudia Gohde, Sarah Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Horst Kahrs, Harald Werner.

Die Arbeitsgruppe hat zweimal getagt und sich zwischenzeitlich per email verständigt.

Auf dem letzten Treffen am 1.11. wurde dieser Zwischenbericht mit dem Beschlussvorschlag verabredet. An dem Treffen haben teilgenommen: Felicitas Weck, Jürgen Klute, Helge Meves, Frank Puskarev, Claudia Gohde, Horst Kahrs, Harald Werner, Lydia Krüger (für Sarah Wagenknecht). Als Gast nahm Rüdiger Heescher (attac, derzeit Mitarbeiter bei der Bundestagsfraktion DIE LINKE.) teil. Der „Zwischenbericht“ wurde per email mit allen Mitgliedern der AG abgestimmt.

A.

Die Arbeitsgruppe unterbreitet hiermit beiden Parteivorständen einen im Konsensprinzip entwickelten Vorschlag (Teil C.), wie der Beschluss des WASG-Parteitag in Ludwigshafen und die (zustimmende) Überweisung des wortgleichen Antrages an den Parteivorstand durch den Hallenser Parteitag der Linkspartei.PDS umgesetzt werden können. Dieser Vorschlag soll dann nach vorheriger Abstimmung mit beiden Vorständen auf der gemeinsamen Vorstandssitzung am 10.12.2006 verabschiedet werden.

B.

Die Arbeitsgruppe hat sich dahingehend verständigt, dass die gemeinsame APK sich in mehrfacher Hinsicht von der gemeinsamen Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn unterscheiden sollte:

- die Zuspitzung auf eine konkrete Forderung, einen konkreten Punkt (wie „8 Euro Mindestlohn!“) ist nicht möglich.
Theoretisch wäre es zwar vorstellbar, die Kampagne z.B. auf die öffentliche Energieversorgung, z.B. die öffentliche Wohnungswirtschaft, z.B. den öffentlichen Verkehr, z.B. die öffentliche Wasserversorgung usw. zuzuspitzen. Außer gegen den Börsengang der Bahn bestehen aber derzeit keine bundesweit agierenden Ansätze vielmehr haben wir es mit vorwiegend kommunal orientierten Auseinandersetzungen und Bündnissen zu unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu tun.
- der politische Adressat ist anders als beim Mindestlohn nicht eindeutig, vielmehr besteht in vielen Fällen eine Verschränkung unterschiedlicher Entscheidungsebenen;
- es fehlt an einer zugespitzten positiven Forderung, für die sich die Kampagne einsetzt, die zugleich wie der Mindestlohn eine hohe Bündnisfähigkeit entwickeln kann.

Weitere Unterschiede ließen sich aufführen. Ihnen allen könnte theoretisch abgeholfen werden. Doch am Ende wäre die Gefahr sehr groß, eine Kampagne aus der Schreibtisch-Retorte entwickelt zu haben, die weder nach innen wie nach außen Wirkung entfaltet.

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe orientiert daher auf eine Kampagne, die im Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure (Parteien, Fraktionen, Bündnisse) und Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) drei Zielen verpflichtet ist:

1. In der Öffentlichkeit das Bild zu schärfen, dass die Unterwerfung öffentlicher Güter der Daseinsvorsorge unter das Profitprinzip kein Kennzeichen linker Politik ist.

Vielmehr steht die Linke im Gegensatz zu anderen Parteien und dem wirtschaftspolitischen mainstream für die Dominanz der demokratisch legitimierten Gemeinwohlorientierung.

2. Unterstützung, Verbesserung und Qualifizierung der Arbeit von kommunalen Abgeordneten und MandatsträgerInnen, darunter insbesondere Mitgliedern in Aufsichtsräten und Vorständen öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen der Daseinsvorsorge
3. abgestimmte Intervention in aktuelle politische Auseinandersetzung und Unterstützung für kommunale Bündnisse für den Erhalt öffentlicher Daseinsvorsorge.

Mit der Beschlussvorlage geben die Bundesvorstände der Vorbereitungsgruppe (oder anderen zu beauftragenden Personen) eine Handlungsgrundlage, um diese Kampagne weiter konzipieren und bis zum Gründungsparteitag im Juni 2007 vorbereiten zu können.